

Das Potential der Präsidentschaftsnachfolge und die Reformierung der Politik

Scheinen die Wirtschaftskrisen in einigen Nachbarländern wie Thailand, Malaysia und sogar Südkorea bereits auf ihrem Höhepunkt angelangt, so unterstützen doch ein Großteil der jeweiligen Regierungsapparate und Bevölkerungen ihre Regierungen, um die finanziellen Talsohlen zu überwinden.

Aber wie steht es um Indonesien? Indem Präsident Suharto Eifer demonstrierte und den vom IWF vorgelegten Richtlinien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise seine Zustimmung erteilte, blamierte er sich jedoch gleichwohl vor den Augen des indonesischen Volkes.

Trotz aller Bemühungen gehen die Geldsorgen in die nächste Runde und weiten sich nun sogar zu einem politischen Problem aus.

Die Forderungen nach einer Reformierung der Politik werden zunehmend lauter. Daneben häufen sich von Tag zu Tag die Stimmen, die auf einen Wechsel im Präsidentenamt pochen und somit die Absetzung des gegenwärtigen Amtsinhabers fordern. Die Rufe nach einer Ablösung der Volksvertreter stammen nicht wie bislang gewohnt nur mehr von Seiten der Demokratiebewegung, sondern sind auch in Intellektuellenkreisen und selbst in Bereichen der Bürokratie zu vernehmen, wo ein Teil sich dagegen stemmt, von den Entwicklungen überrollt zu werden.

Daneben sind Stimmen von Angehörigen des Militärs zu hören, die bis dato entschlossen hinter Suharto standen. Hierzu zählen vor al-

lem Major-General Prabowo (Schwiegersohn des Präsidenten/Kommandant der KOPASSUS, ›Spezielle Eingreiftruppen‹), General Hartono

(Informationsminister/ehemaliger KSAD, ›Befehlshaber der Armee‹) und General Feisal Tanjung (Pangab, ›Oberster Befehlshaber des Militärs‹)¹⁾. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, daß im Militär keine Befürworter einer politischen Reformierung und eines Präsidentenwechsels existieren mögen; eine Einstellung, die beispielsweise dem gegenwärtigen Oberbefehlshaber der Armee, General Wiranto, zugesprochen wird. Dieser war bislang sehr sparsam in seinen Äußerungen. Gleichwohl gesteht er bis heute jenen Kräften, die sich für eine Neustrukturierung der Politik und die Ablösung des Präsidenten einsetzen, indirekt genügend Freiraum zu.

Als Suharto zu Protokoll gab, daß er in der Person des Forschungs- und Technologieministers Habibie den Vizepräsidentschaftskandidaten seiner Wahl sehe, stieß dies in Teilen des Militärs, vor allem in Kreisen der parlamentarischen Fraktion ABR/Is (Angkatan Bersenjata Republik Indonesia, ›Bewaffnete Einheiten der Republik Indonesien‹), auf indirekte Zurückweisung. Darüber hinaus wurde einer Vielzahl von Demonstranten und Gegnern einer neuerlichen Präsidentschaft Suhartos und eines möglichen Vizepräsidenten Habibie kein Widerstand durch das Militär zuteil. Selbst 19 Forscher des LIPI — Instituts und eine Anzahl Regierungsangestellter, allesamt Mitglieder Golkars, die sich eindeutig vernehmlich gegen die neuerliche

von Agus Setiawan

Nominierung Suhartos ausgesprochen hatten, entgingen bis zum heutigen Tage möglichen Sanktionen.

Die verletzte Mittelschicht

Nie zuvor in der Geschichte der ›Neuen Ordnung‹ zeigte sich die Mittelschicht des Landes so offenkundig verärgert gegenüber dem indonesischen Präsidenten wie sie es heute offenbart. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Mittelklasse immer vom Regime der ›Neuen Ordnung‹ verwöhnt worden. Ihr Status war stets ein gehobener, zudem erhielt sie die Bedingungen und die Chancen, die es ihren Angehörigen erlaubte, ein besseres Leben zu führen. Die indonesische Mittelschicht sieht sich in äußerst viele Regierungsprojekte involviert und konnte so bis heute ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg genießen. Die jetzige Krise jedoch hatte zur Folge, daß Projekte verschoben oder ganz gestoppt wurden. Diese Maßnahmen riefen umgehend den Ärger der Mittelschicht hervor.

An den Universitäten war das Gehalt der Dozenten bis zum heutigen Tage zugegebenermaßen nicht ausgesprochen üppig. Jedoch besaß dieser Berufsstand ausreichende Möglichkeiten, Forschungsprojekte zu bearbeiten, die sowohl von Regierungs- wie auch von Unternehmerseite in Auftrag gegeben wurden. Daher war diese Berufsgruppe imstande, einen angemessenen Lebensstandard zu führen, ohne daß ihr eigentlicher Lohn groß gewesen wäre. In der gegenwärtigen Situation jedoch schrumpft einerseits die Höhe ihres

Der Autor ist freier Mitarbeiter der Südostasien Informationsstelle im Asienhaus.

Einkommens; andererseits klettern die Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens. Erschwerend kommt hinzu, daß man nicht weiß, wie lange diese Situation noch weiter anhalten wird.

Auch müssen die Indonesier zurückkehren, die ins Ausland gesandt wurden um dort zu lernen, beziehungsweise eine Verkürzung ihres Stipendiums in Kauf nehmen.

Eine Alternative besteht noch darin, nun einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, um so Studium und die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen zu können. Zudem beginnt sich bei den inländischen Studenten Nervosität zu regen, hier vor allem an den Privatuniversitäten. Der Grund ist in den äußerst hohen Kosten zu sehen, die ein Studium an einer privaten Hochschule bedeutet. Gleichwohl sinkt das hierfür benötigte Einkommen der Eltern. Man muß sich in diesem Zusammenhang einmal das Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Hochschulen bewußt machen: Auf eine Handvoll der ersten Kategorie kommen hunderte der privaten Anstalten.

Was die Diplomaten des indonesischen Außenministeriums betrifft, so erhielten diese jeweils einen Kostenplan in Rupien, wurden jedoch in Dollar bezahlt. Zeitweilig lag der Kurs bei gerade einmal 2.400 Rupien für 1 US Dollar. Mit dem Fall der Rupie auf mittlerweile geringfügig mehr als 10.000 Rupien zum US Dollar hat sich nun bei dem erwähnten Außenministerium ein Loch in den Kassen eingestellt. Als man sich dessen bewußt wurde, begann man damit, 260 Diplomaten zurückzuziehen und die gesamte lokale Belegschaft, an Zahl den Diplomaten überlegen, nach Hause abzurufen.

Eine große Zahl von Bankangestellten finden sich im Zustand der sogenannten *PHK* (*Permutusan Hubungan Kerja*; Abbruch der Geschäftsbeziehungen) wieder; eine Konsequenz aus der Schließung von 16 Privatbanken und dem allgemeinen maroden Befinden der Banken in Indonesien. Das Einkommen dieser Berufsgruppe lag bis dato recht hoch und ermöglichte ihnen somit ein weit besseres Leben, verglichen mit anderen Angestellten. Nun sind auch die Bankangestellten gezwungen, auf das Maß ihrer Ausgaben zu achten,

was einem Prestigeverlust gleichkommt.

Was die Zeitungsbranche anbelangt, so sieht auch sie sich von den Auswirkungen der Krise erfaßt. Dies hängt mit dem Preisanstieg für Papier zusammen, der bewirkte, daß die gesamten Produktionskosten für Zeitungen und Magazine ebenfalls in die Höhe kletterten. Jedoch sehen sich die Produzenten außerstande, die Bezugspreise ihrer Blätter aufzustoßen. Also reduzierten die überregionalen Zeitungen schlicht die Anzahl der Zeitungsseiten, während die Blätter mit kleiner Auflage schweren Herzens die Produktion einstellten. Für die schreibende Zunft ergab sich daraus die Folge des Abbruchs der

Arbeitszusammenschlüsse.

Nicht viel anders stellt sich die Situation für die Unternehmer dar. Auch sie befinden sich in einem Dilemma, da auf der einen Seite die Mittel für die Produktion ständig teurer werden und gleichzeitig die Kaufkraft der eigenen Bevölkerung zusehends sinkt. Darüber hinaus bedrückt die Unternehmerseite die unsichere Sicherheitslage. Diese zwingt sie, mehr Geld als bislang für die Sicherung und den reibungslosen Ablauf ihrer Geschäfte aufzubringen, was bedeutet, daß sowohl Bürokratie als auch Militär eine Aufstockung der »schwarzen Einnahmen« von Unternehmerseite verzeichnen können. Beispielsweise hat General Feisal



aus: FEER v. 19.2.98, S. 46

Die indonesische Rupiah: Verlor 75 % ihres Wertes.

Tanjung bereits 13 Konglomerate kontaktiert. Er bat die betreffenden Firmenzusammenschlüsse, sie möchten ihre im Ausland deponierten Ersparnisse doch in die Landeswährung Rupiah umtauschen. Falls diese sich weigerten, so wurde verlautet, würden entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

In einer Situation wie der eben dargelegten ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Mittelschicht beginnt, deutlich ihre Stimme zu erheben. Was wir in Indonesien beobachten, stellt sich nicht nur als eine wirtschaftliche, sondern auch als eine politische Krise dar. Vom Vertrauen des Volkes gegenüber Suharto kann keine Rede mehr sein. Als Beispiel möge Suhartos Verkündung seines veranschlagten, unrealistisch konzipierten Haushaltsplanes dienen, der Tags darauf die Abwertung der Rupie gegenüber dem US Dollar folgte. Ebenso fiel die Landeswährung von 9.800 Rupien zu einem Dollar auf 16.400 R. zu einem Dollar, als tags zuvor Suharto seine erneute Präsidentschaftskandidatur verkündete und gleichzeitig insistierte, er könne sich Forschungs- und Technologieminister Habibie als Vize vorstellen. Mit dieser Situation konfrontiert, nehmen die Stimmen, die eine Neugestaltung der Politik und die Ablösung des Präsidenten fordern, von Tag zu Tag zu.

Die aufschreiende Unterschicht

Als die indonesische Wirtschaft florierte und Zuwächse von 7-9 % im Jahr erzielte,

konnte man Einwände hören, im Lande litten weiterhin viele Bewohner an großer Armut und lebten unterhalb des Existenzminimums. Zu jener Zeit widersprach noch ein Gutteil der Mittelschicht dieser Einschätzung: »Dies ist nicht richtig, der Aufbau verläuft glatt.« Nun aber, da die Mittelschicht selbst in Mitleidenschaft gezogen wird, sind sie es, die am lautesten das Scheitern des Wirtschaftsaufbaus postulieren und aufgrund dessen die Absetzung des Präsidenten und die politische Reformierung fordern. Seltsam nur, daß sie dies im Namen der Leidtragenden in den Dörfern oder der unteren Gesellschaftsschicht tun.

Jedoch ist in diesem Zusammenhang die Last, welche die traditionelle Dorfbevölkerung zu tragen hat, nicht so gewaltig, da diese ihre Lebensqualität noch aufrecht erhalten kann. Somit ergibt sich für sie hierbei kein allzu dramatischer Verlust. Die seit langem bestehende Wut auf die Regierung liegt im Verlust ihrer Freiheit begründet, der sich beispielsweise dadurch äußert, daß es den Menschen nicht gestattet ist, ihren Reis nach ihren jeweils eigenen Wünschen und Vorstellung anzupflanzen. Sie sind in ihrer Redefreiheit eingeschränkt; sie sind von ihrem Recht enthoben, selbst zu entscheiden, was sie für sich selbst für das Beste halten. Im Falle eines Widerspruchs gegen die Regierung, welche die Bevölkerung in ständiger Weise mit Vorschriften überhäuft, erhalten sie den Stempel des Kommunismus u.a. übergestülpt. In einer Gelegenheit wie der jetzigen, in der die Beschimpfungen auf die Regierung generell zunehmen, finden sich viele unter den Protestierenden, die Maßnahmen ergreifen, um die Reformierung der Politik und die Ablösung des Präsidenten voranzutreiben.

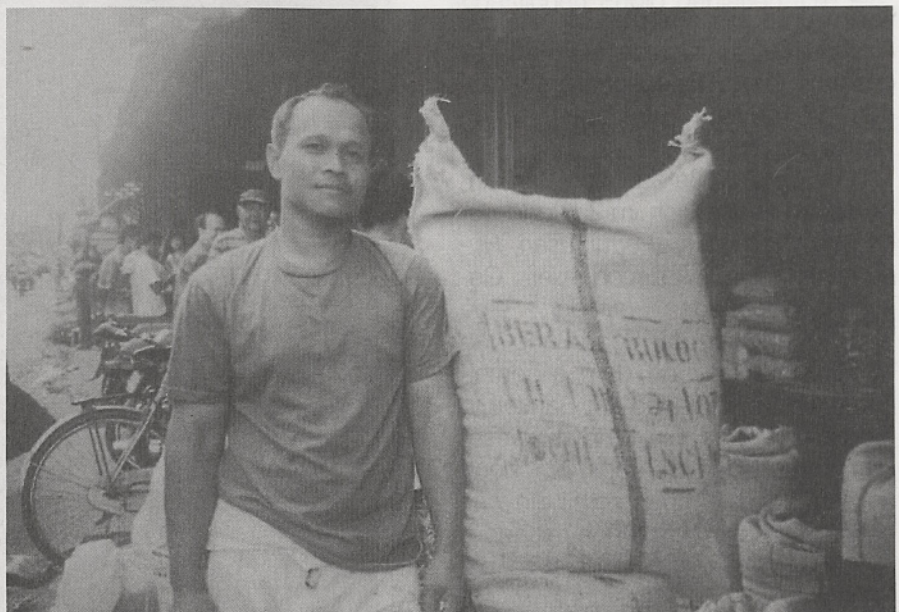
Für den Rest der unteren Gesellschaftsschicht stellt sich die gegenwärtige Situation in der Tat äußerst schlecht dar. Sie waren bereits dabei, sich in ihrem Lebensrhythmus der Mittelschicht anzunähern, somit sind sie es, die am stärksten zu leiden haben. Ihre Reisfelder und ihr Ackerland entbehren an Ertrag; Arbeit stellt sich nur sporadisch ein, mit

dem verdienten Geld muß stets genau kalkuliert werden. Der Preisanstieg für Lebensmittel und auch Medizin bringt die Betroffenen in immer stärkere Bedrängnis. Auch hier findet sich großes Potential, die Umgestaltung der politischen Verhältnisse und den personellen Wechsel an der Spitze des Staates voranzubringen. Es kann festgestellt werden, daß die jüngsten Unruhen, die Brandanschläge auf Geschäfte und Märkte und ihre Verwüstung zu einem Großteil auf das Konto dieser Gesellschaftsschicht gehen. Unter Beibehaltung der jetzigen Situation werden sich die Unruhen dieser Art weiter ausdehnen und an Intensität zunehmen.

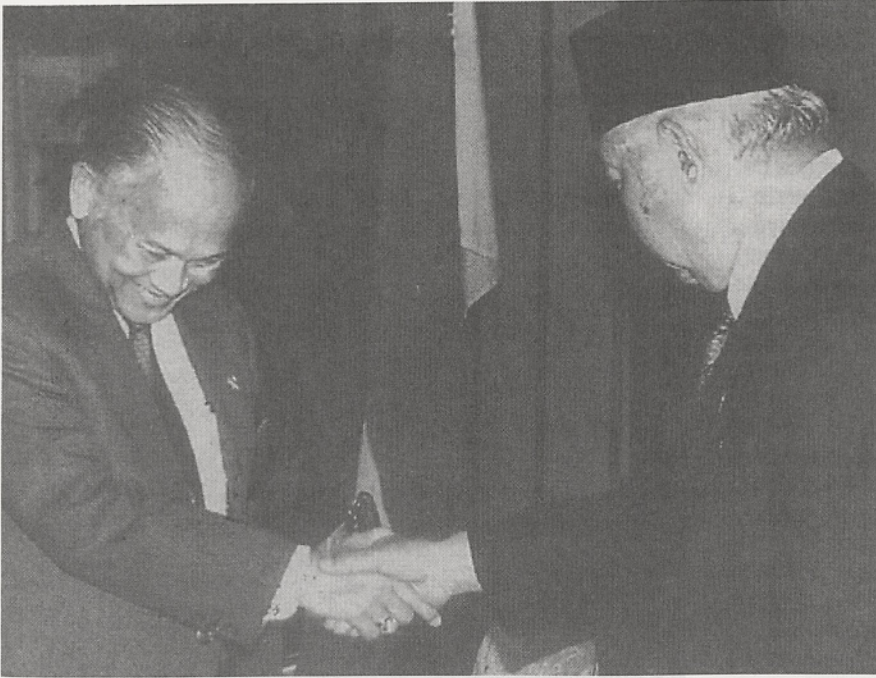
Wiederum anders steht es um die Arbeiterklasse. Ihr bevorzugter Wohnort ist die Stadt, wo die Produkte, die der Mensch zum täglichen Leben benötigt, täglich unerschwinglicher werden. Gleichzeitig befinden sich eine Vielzahl von Firmen in einer instabilen Lage. Auch wenn diesen noch nicht der Stempel des PHK anhaftet, besteht genügend Grund zur Nervosität, da der PHK jeden zu jeder denkbaren Zeit befallen kann. Der Ärger der Arbeiterschicht auf die Machthaber ist bereits klar ersichtlich. Man ist sich seit langer Zeit bewußt, daß die eigene Arbeitskraft zum Zwecke des nationalen Aufbaus ausgegützt wurde.

Man weiß in diesen Kreisen auch um das mittels frappierender Korruption gesicherte Scherflein, das sich Bereiche der Bürokratie und des Militärs aus den Firmengewinnen ge-

aus: FEER v. 25.12.97/1.1.98, S. 16



Javanischer Reisverkäufer: Lebensmittel werden knapper und teurer.



Suharto und Habibie: einzige (Vize-) Präsidentschaftskandidaten

aus: TIRAS v. 2.2.98, S. 91

sichert haben. Es ist folglich nicht verwunderlich, daß auch die Arbeiterschicht sich nach einem neuen Staatsoberhaupt sowie einer Reformierung der Politik sehnt.

Tatsächlich harrt die Arbeiterschaft schon seit langem auf eine Reorganisation der Politik. Dennoch entbehrt sie trotz mannigfaltiger Proteste, Streiks und Demonstrationen bis heute echter Erfolge. Erst mit Ausbruch der Geldkrise und des Aufschreis der Mittelschichtsangehörigen, so denke ich, erfährt das Ansinnen der Arbeiterklasse, Druck auf die Machthaber auszuüben, die notwendige Unterstützung. Jene aus der Zivilschicht sind es nämlich, die dazu am meisten bereit zu sein scheinen, auch da sie bereits in Demonstrationen geschult und an die Bildung organisatorischer Strukturen gewöhnt sind.

Die Möglichkeit einer Reformierung der Politik

Eine Reformierung der indonesischen Politik ist unter folgenden Bedingungen möglich. Erstens, falls Suharto nicht für die kommende Amtsperiode 1998 — 2003 wiedergewählt wird. Jedoch ist dies äußerst unwahrscheinlich, da der amtierende Präsident alle Zügel der Macht in seiner Hand hält und wenn notwendig, zu Mitteln der Gewalt greifen wird, um diese aufrecht zu halten.

Zweitens, die Massenbewegungen bilden zusehends eine Einheit und nehmen an Schlagkraft zu, so daß es ihnen gelingen könnte, das Militär hinter sich zu bringen, um dann gemeinsam Druck auf Suharto auszuüben. Diese Alternative steht noch offen, worauf die überall im Lande durch Unzufriedenheit genährten Massenproteste hinweisen. Darüber hinaus ist das Militär mit der Berufung Habibies als einzigem Kandidaten der Fraktionen *Golkar* und PPP nicht wirklich einverstanden. Drittens, die Demokratiebewegung oder besser gesagt jene, welche die Ablösung des Präsidenten anstreben, zeigen sich fähig zur Konsolidierung und gleichzeitig zur Mobilisierung der Massen, so daß ein beachtlicher Druck auf die Position Suhartos ausgeübt werden könnte. Das Potential dieser Gruppe ist als recht groß anzusehen; gleichwohl scheint sie jedoch noch Zeit zu benötigen. Viertens, die internationale Einflußnahme kann Suharto zwingen, wirtschaftliche Reformen einzuleiten (was im Falle Indonesiens eine politische Umstrukturierung nach sich ziehen würde).

Diese Möglichkeit steht unentschieden, da Suharto einerseits bereits in die vom IWF vorgelegten Reformvorschlägen eingewilligt hat. Andererseits hat der Präsident, als dieser Artikel abgeschlossen wurde, die Vereinbarungen noch nicht in die Tat umgesetzt, obgleich diese seit dem 1.2.98 Gültigkeit besitzen. Wie auch immer, es scheint, als ob Suhar-

to einmal mehr als Präsident für die Periode 1998 — 2003 und Habibie als sein Vize gewählt werden. Das Duo wird es mit vielen Schwierigkeiten zu tun bekommen; zu diesen zählen unter anderem das nur dünn gesäte Vertrauen, welches die Bevölkerung einer Führung durch Suharto und Habibie entgegnet. Zweitens, das Militär, das den Aufstieg Habibies zum Vizepräsidenten mit Widerwillen zur Kenntnis nimmt. Drittens, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die weiterhin spürbar sind. Viertens, die äußerst schlechte soziale Lage mit den Faktoren Arbeitslosigkeit, der SARA (*suku, agama, ras, antar golongan*) — Problematik, der grassierenden Korruption im Regierungsapparat und den vielen verführten Schulabgängern. Fünftens, das schwindende Vertrauen des Auslands gegenüber Suharto und sechstens, die ansteigende Zahl und der wachsende Zusammenschluß der Feinde der Politik Suhartos. Ruft man sich diese Problembereiche ins Gedächtnis, dann erscheint ein früher oder später sich vollziehende Reformierung der Politik nicht länger von Suhartos Wiederwahl abzuhängen. Die entscheidendere Frage lautet in diesem Zusammenhang, ob nach Suhartos Rückzug von der Macht die indonesische Politik wiederum der Dominanz des Militärs obliegt oder einer zivilen Kraft, welche die weitläufige Unterstützung der Bevölkerung genießt.

Anmerkung:

- 1) Im Rahmen der jüngsten Umbesetzungen wurde am 16.02.98 der ehemalige KSAD General Wiranto zum Pangab (Oberster Befehlshaber der Streitkräfte) ernannt. (siehe Indonesien-Nachrichten)